

## Zwei Seiten einer Medaille: LINKE Demokratie- und Engagementpolitik

Für mich sind bürgerschaftliches Engagement und (mehr) Demokratie zwei Seiten einer Medaille. Bürgerschaftliches Engagement ist *einerseits* für eine demokratische Gesellschaft und ihre Zukunftsfähigkeit unverzichtbar und befördert den sozialen Zusammenhalt. Ein demokratisches Gemeinwesen funktioniert *andererseits* aber nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch direkten Einfluss auf die Entscheidungen in den Lebensbereichen nehmen können, die sie betreffen.

Engagement wird vielfach „von oben“ eingefordert. Viele Menschen engagieren sich aber ganz freiwillig sehr stark. Dies ist äußerst wichtig. Doch alle Menschen sollen sich nicht nur engagieren dürfen, sondern sie müssen *zugleich* konkret mitbestimmen dürfen. Dafür bedarf es entsprechender Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume, auf kommunaler und Länderebene, aber auch auf Bundesebene z.B. in Form von Volksentscheiden und Volksbegehren (direkte Demokratie). Bürgerschaftliches Engagement ist also für DIE LINKE ein bedeutsames *soziales Plus*. Wir gehen davon aus, dass soziale Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung der Demokratie schaden, weswegen wir ganz zentral soziale Ungerechtigkeit bekämpfen. Dies ist für uns grundlegende Voraussetzung, damit sich in der Folge jede und jeder ausreichend einbringen und engagieren kann. Primär wollen wir gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, eine umfassende öffentliche Infrastruktur und eben direkte Mitentscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger. Letztere darf gerade kein soziales Plus sein, sondern muss als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie einen festen Platz in den jeweiligen Gesetzen sowie in den Herzen und Köpfen der Menschen finden.

Formen direkter Demokratie sichern mehr politische Teilhabe. DIE LINKE ist dabei **Motor für mehr direkte Demokratie**. Auf Bundesebene haben wir z.B. einen Gesetzentwurf zur (dreistufigen) **Volksgesetzgebung** eingebracht (Drs. 17/1199). Auf der ersten Stufe können Gesetzesvorlagen durch eine Volksinitiative von 100.000 Wahlberechtigten beim Deutschen Bundestag eingereicht werden. Für eine zweite Stufe – dem Volksbegehren – bedarf es einer Zustimmung von einer Million Wahlberechtigten innerhalb von 6 Monaten (2 Millionen bei Grundgesetzänderung). Entspricht der Deutsche Bundestag nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten dem Volksbegehren, so findet als dritte Stufe ein Volksentscheid statt, über den die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger abstimmen und der bei Erfolg, d.h. Mehrheit der abgegebenen Stimmen, auch für den Bundestag bindend ist.

Auf **Länder- und kommunaler Ebene** (Bürgeranträge, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide) wünschen wir uns gleichfalls mehr direktdemokratische Verfahren und Entscheidungen. Hier sind die Zugangshürden bzw. Quoren zu überdenken und bürgerfreundlicher zu gestalten. Direkte Demokratie muss selbstverständlich werden und machbar erscheinen, der Ausnahmecharakter muss entfallen. Doch eine „Demokratisierung der Demokratie“ hört hier noch nicht auf; Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Ich trete für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der **Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt** wird, statt sie den Anforderungen von Märkten unterzuordnen. Die Ausgestaltung einer solidarischen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst. Orientierung von Wirtschaft und Finanzwelt am Nutzen für die Realwirtschaft, Ausweitung und Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, von Genossenschaften sowie regionale und branchenweite Industriefonds, aber auch öffentliche Beteiligungen sind vonnöten.

Gesetzgebung und Regierungshandeln müssen begleitend z.B. durch Open Data **transparenter** werden, Auskunftspflicht und Informationspflichten sind zu erweitern. Ebenso ist der Einfluss der allzu mächtigen Lobbygruppen einzudämmen. Die Demokratisierung der Demokratie darf hingegen nicht dazu führen, den Einfluss sozialer Schichten zu stärken, die durch Bildung, Einkommen oder Zugang zur Öffentlichkeit ohnehin privilegiert sind. Ressourcen müssen öffentlich bereitgestellt werden, die es allen Bevölkerungsschichten ermöglichen, demokratische Teilhabemöglichkeiten auch konkret in Anspruch zu nehmen: Das betrifft technische und räumliche Infrastrukturen, Rechtsberatung und finanzielle Mittel.

Ich setze mich mit Nachdruck dafür ein, **Teilhabe und Partizipation** der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen zu stärken. Insbesondere habe ich die **Kommunen** als Keimzellen der Demokratie vor Augen. Hier muss jede/r aktiv und kreativ werden können, die/der es will! Beispielsweise könnte man kommunale EU-Büros einrichten und EU-Fördermittel einwerben, Kommunalobligationen statt „Öffentlich-Private Partnerschaften“ auflegen, d.h. Bürgerinnen und Bürger geben ihrer Kommune Kredit für Investitionen, oder man organisiert geschickter die öffentliche Kontrolle über die Verwendung der Steuergelder. Hier setze ich mich zugleich für die Einführung von **Bürgerhaushalten** ein. Haushaltspolitik muss desgleichen demokratisiert werden! Ausschlaggebend für das Gelingen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Haushaltsplanaufstellung und -durchführung ist die gute, aktive Beteiligung am gesamten politischen Entscheidungsprozess und ein transparentes Verfahren sowie umfassende Informationen. Die Kommunalvertretungen müssen sich selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger dann auch zu folgen.

Die Einführung von Bürgerhaushalten ist ein bedeutender Schritt, um unser übergeordnetes Ziel zu erreichen. Nämlich die Schaffung von **Solidarkommunen**. Eine stärkere Stellung der Kommunen eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Lösung lokaler, regionaler, aber auch globaler Probleme. Unser Leitbild lautet: Engagement von Bürgerinnen und Bürgern so gestalten, dass sie wirklich mitentscheiden, mitwirken und teilhaben können.

Wir verstehen darunter jedoch *nicht* die neoliberale Bürgerkommune: Denn darin erledigen die Einwohnerinnen und Einwohner das, was die Kommune nicht mehr leisten kann - ohne Geld und ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen. Dies führt zum Absterben öffentlicher Daseinsvorsorge und leistet Privatisierungen Vorschub – und damit der Entdemokratisierung! Bürgerschaftliches Engagement und Mitwirken bzw. ein sich einbringen der Menschen darf generell nicht dazu führen, dass sie als Lückenbüßer im Zuge des Sozialabbaus und der weiteren Schleifung öffentlicher Infrastruktur eingesetzt werden. Engagement darf nicht dort eingesetzt werden, wo öffentliche Aufgaben mangels ausreichender finanzieller Ausstattung der öffentlichen Hand nicht mehr existieren.

Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung müssen sich in der **Solidarkommune** vielmehr als gleichwertige Partner begreifen und gemeinsam agieren. Das Ziel ist eine neue politische Kultur des Umgangs miteinander. Dabei geht es auch um die Abgabe von Macht und Entscheidungsbefugnissen an die Bürgerinnen und Bürger. Hier wollen wir zudem verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten. Weitere Voraussetzungen für eine Solidarkommune sind neben direktdemokratischen Entscheidungsverfahren und Bürgerhaushalten unter anderem: ergebnisorientierte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an den Entscheidungsvorbereitungen bzw. an der Gestaltung des Alltags; eine grundlegende Verwaltungsreform (Verwaltungshandeln muss unter Einsatz neuer Technologien an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner, Vereine, Verbände und der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden); ein nachhaltiger Wandel in der Verwaltungskultur; Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen; Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors; mehr selbstverwaltete Schulen und mehr alternative Wohn- und Kulturprojekte.

**Petitionen** sind ein für jedermann in der Verfassung verankertes Grundrecht. Sie sind für DIE LINKE ein wichtiger Teil bürgernaher Demokratie. Vor allem sind sie oft ein Gewinn für das Parlament, wenn die Menschen direkt beim Gesetzgeber Bitten äußern, Missstände beklagen, um Hilfe gegenüber Behörden ersuchen und Anregungen für die Gesetzgebung geben. Auf diese Weise schärfen die Petitionen den Blick für die gelebte Rechtswirklichkeit und geben wichtige Impulse für die parlamentarische Arbeit. Dieses wichtige Bürgerengagement zu unterstützen, die

Sorgen, Nöte und Ideen *wirklich ernst* zu *nehmen* und die täglichen Probleme parlamentarisch zu reflektieren, ist mein Anliegen und das Anliegen meiner Fraktion. Ich möchte erreichen, dass künftig die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Petitionsrecht regen Gebrauch machen. Deshalb setze ich mich dafür ein, die Petitionsverfahren bürgernäher und zügiger zu gestalten. Wir brauchen ein transparenteres Verfahren, mit dem jede und jeder den Umgang mit ihrer bzw. seiner Petition nachvollziehen und korrigieren kann und ebenso einen Anspruch darauf hat, dass die Petition sachlich und rechtlich fachgerecht geprüft wird. Zu oft blockt die Regierungskoalition wichtige Anliegen, z.B. zu Hartz IV oder Kriegseinsätzen. Petitionen sollten als Teil der Engagement- und Demokratiekultur stärker in den Blick rücken. Sie fristen noch allzu oft ein Schattendasein.

Das **Internet** oder **soziale Medien** sind ebenfalls zu einem wichtigen Bestandteil geworden, wenn es darum geht, Demokratie, Responsivität der Politik und bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Für DIE LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Zentral ist für uns ein verantwortungsvoller Umgang (Datenschutz!) mit den neuen Medien. Wir wollen, dass das Internet als Raum der sozialen Innovation und Entwicklung offen bleibt. Der Austausch von Informationen stärkt die demokratische Teilhabe! Das Recht auf Information ist Voraussetzung für lebendige Demokratie. Online kann zum Teil effektiver politische Einmischung organisiert werden, die Teilnahme an Petitionen und Bürgerforen wird erleichtert. Dialogforen sind für mich ebenso ein bedeutsames Instrument wie perspektivisch verbindliche Abstimmungen über das Internet. DIE LINKE unterstützt so genannte Open-Content-Lizenzen, die sich an Grundwerten von Offenheit und Teilhabe orientieren und schlägt sie als verbindliches Verbreitungs- und Vergütungsmodell für öffentlich geförderte kreative Tätigkeit und Forschung vor. DIE LINKE hat bei der Reform des Urheberrechts umfassende Prinzipien für den Interessenausgleich zwischen Urheberinnen und Urhebern sowie den Nutzerinnen und Nutzern aufgestellt (Drs. 17/6341). Alles in allem muss man darauf achten, dass am Ende nicht alleinige Beteiligungsformen für internetaffine Menschen geschaffen werden und Menschen ohne Internet oder oftmals Ältere sich nicht mehr entsprechend einbringen und mitentscheiden können.

Zu einer Solidarkommune mit umfassenden direktdemokratischen - aber auch parlamentarischen - Strukturen, Bürgerforen, Bürgerhaushalten und vielem mehr gehört gleichsam eine **wirksame Förderung bürgerschaftlichen Engagements**. An dieser Stelle schließt sich der Kreis zum Anfang meines Beitrags: Bürgerschaftliches Engagement und solide Ehrenamtsstrukturen sind die andere Seite, die Soziale-Plus-Seite, der Medaille. Deren Vorderseite, die Demokratie-Seite, haben wir uns bisher angesehen. Unsere Forderungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, des Ehrenamts und der Gemeinnützigkeit haben wir in einem **aktuellen Entschließungsantrag** zum Ehrenamts„stärkungs“gesetz

(Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz) dargelegt (Drs. 17/12190). Engagementpolitik darf sich für DIE LINKE nicht nur auf steuerliche Maßnahmen und Freiwilligendienste beschränken. Hier gibt es bei der Bundesregierung eine Blickverengung. In diesem Sinne ist auch der Einsatz des **Bundesfreiwilligendienstes** als Allround-Instrument zur Engagementförderung abzulehnen. Bestehende Jugendfreiwilligendienste sind hingegen weiterhin zu stärken, den Bundesfreiwilligendienst lehnen wir ab (siehe zu unseren Forderungen dazu auch Drs. 17/4845). Durch eine „Verdienstlichung“ werden Bürgerinnen und Bürger primär als Dienstleister für die Bewältigung sozialer Probleme in Anspruch genommen, und die Bandbreite des bürgerschaftlichen Engagements wird eingeschränkt. Das ist der falsche Weg!

Deswegen **fordern wir** zur wirklichen **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** unter anderem: Die Anerkennung und Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements muss verbessert werden, indem eine breitere Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement geschaffen wird und Nachweismöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickelt und diesbezügliche Vergünstigungen (Ehrenamtskarte) ausgebaut werden. Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sollen bürgerschaftliches Engagement als wichtige Qualifikation berücksichtigen und außerdem Sonderurlaub für bürgerschaftlich Engagierte gewähren. Bei bürgerschaftlich Engagierten, die Transferleistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erhalten, muss sichergestellt werden, dass Aufwandsentschädigungen für das Engagement nicht zu einer Kürzung der Transferleistungen führen. Die Infrastrukturförderung des bürgerschaftlichen Engagements ist über die steuerliche Förderung durch die Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale hinaus voranzutreiben, um so z.B. die nicht organisierte Zivilgesellschaft mit zu erfassen.

Konzepte und Maßnahmen müssen entwickelt werden, die sicherstellen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht zu einer Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt führt, prekäre Beschäftigung oder den Niedriglohnsektor fördert (strikte Arbeitsmarktneutralität). Zeiträume für bürgerschaftliches Engagement im Einklang mit Erwerbsarbeit und Familie sind ebenso zu ermöglichen wie niedrigschwelliger Zugang und damit Teilhabe am bürgerschaftlichen Engagement gerade für sozial und finanziell benachteiligte Menschen. Ich fordere ferner die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte, indem u.a. ein einfaches, verständliches sowie transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen geschaffen wird. Ein vielfältiges Angebot kostenfreier Qualifikations- und Fortbildungskurse ist nötig. Es gilt zudem, hauptamtliches

Personal in den jeweiligen Bereichen für den Umgang mit Engagierten zu qualifizieren.

Doch um die Engagementkultur tatsächlich dauerhaft zu stärken, müssen entsprechende (finanzielle) **Grundlagen** geschaffen werden. D.h., Kommunen und Länder müssen finanziell verstärkt in die Lage versetzt werden, öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus ist es notwendig, gemeinnützige Institutionen und bürgerschaftlich Tätige durch direkte Zuwendungen zu unterstützen sowie eine entsprechend nachhaltige, vor allem kommunale Infrastruktur zu schaffen bzw. auszubauen. Um die Finanzkraft der Länder und Kommunen zu stärken, fordere ich, dass z.B. die Vermögensteuer als Millionärsteuer wieder erhoben, die Erbschaftsteuer reformiert und die Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden. Die Fehlbedarfsfinanzierung von gemeinnützigen Organisationen ist auf eine Festbetragsfinanzierung umzustellen und vermehrt als institutionelle Förderung und Infrastrukturförderung zu leisten.

Die zunehmende Bedeutung **gemeinnütziger Stiftungen** birgt schließlich nicht nur die Gefahr der Schwächung demokratischer staatlicher Strukturen, sondern kann mitunter auch zu steuerrechtlichen Fehlanreizen führen. Gemeinnützige Stiftungen übernehmen zunehmend sozialstaatliche Aufgaben. Deren Umsetzung ist damit vom guten Willen privater Akteure abhängig. Dies widerspricht einer umfassenden öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Infrastruktur, die Bund, Länder und Kommunen gewährleisten müssen. Sozialstaat darf keine Kann-Aufgabe werden! Stifterinnen und Stifter können darüber hinaus ihre Steuerlast schon jetzt durch großzügige Zugaben an Stiftungen über einen mehrjährigen Zeitraum senken. So werden gemeinnützige Stiftungen beispielsweise zunehmend zur Umgehung der Schenkungs- und Erbschaftsteuer genutzt. Ich fordere, auf diese Auswüchse einen strengeren Blick zu werfen.

Wenn wir dies alles beachten und entsprechend politisch umsetzen, bin ich mehr als guter Dinge, dass die anfangs angesprochene Medaille in frischem Demokratie-Glanz erstrahlt.

**Harald Koch**, MdB (DIE LINKE), ist Mitglied im Finanz- und Verteidigungsausschuss sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.